

„Arbeit 4.0. Wenn Zukunft schon die Gegenwart wird“ – ein Kommentar

- Dem gläsernen Menschen ein Stück näher gekommen -

Die rasante Digitalisierung unseres gesellschaftlichen Miteinanders ist nicht mehr aufzuhalten. Auch im Arbeitsalltag sind wir mittlerweile bei dem Begriff „Arbeit 4.0“ angekommen. Das dieser „Fortschritt“ allerdings als Konsequenz auch weniger Arbeitsplätze mit sich bringen wird war absehbar. Chancen und Gefahren liegen eng beieinander. Der Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes garantiert die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Diese darf auch in einer immer moderner agierenden Zeit nicht mit einem „Tastenklick entfernt“ werden. Ein Kommentar des Vorsitzenden des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH), Michael Leinenbach.

7 September 2017

Aktuell zeigt die Deutsche Post in einem Pilotprojekt, wie die Digitalisierung negativ eingesetzt werden kann und Arbeitsplätze gefährdet. Das Unternehmen möchte gerne die Briefzustellungen reduzieren. Die Geschäftsführung argumentiert diese Maßnahme damit, dass immer mehr digitale Nachrichten zum Einsatz kommen und somit immer weniger Briefe geschrieben und auf dem traditionellen Postweg versendet werden. Nach den Vorstellungen der Chefebene sollte jeder hierzulande auch weiterhin täglich seinen Brief erhalten können, jedoch nur eine digitale Kopie – die sogenannte EPost. Dass eine Reduzierung der traditionellen Briefzustellung logischerweise einen Personalabbau bedeutet, scheint billigend in Kauf genommen zu werden.

Arbeiten 4.0 kommt in der Realität an. Dieses aktuelle Beispiel zeigt leider die negative Seite der Digitalisierung. Einmal mehr wird die Gewinnmaximierung dem "menschlichen" oder ethischen Aspekt vorgezogen.

In der Betrachtungsweise der Post muss festgehalten werden, dass die Deutsche Post den gesetzlichen Auftrag dafür hat, für eine flächendeckende Grundversorgung einzustehen – für jeden und immer. Dass auch durch andere Digitalisierungsmaßnahmen nebenbei die Grundrechte der Bevölkerung nach und nach ausgehöhlt werden, ist ein politischer Vorgang, der nicht hinzunehmen ist.

Es ist schon verwunderlich wie ruhig die deutsche Gesellschaft bleibt, angesichts stetig wachsender Datenberge. Ob die Verwendung der Bonuskarte beim Einkaufen die das Einkaufsverhalten dokumentiert, der eigenen öffentlichen Zurverfügungstellung persönlicher Daten in den Sozialen Medien, dem Hinnehmen des Speicherns, der Abfrage, der fast schon bereitwilligen Freigabe des eigenen Nutzerverhaltens über diverse Kommunikationsmedien oder und Zahlungssystemen. Das Sammeln persönlicher Daten geht immer weiter.

Sammelten bisher schwerpunktmäßige private Konzerne die Daten, so schalten sich nach und nach der Staat sowie seine privatisierte Bereiche in das Geschäft mit ein. Daten gelten heute schon als das Öl von morgen und werden mittlerweile zum wichtigen Produktionsfaktor in der digitalen Welt.

Aktuell werden Pilotprojekte auf dem Weg in die Datenerhebung gegeben. Ob die Software für Gesichtserkennung /-scann in Berlin oder das vorab angesprochene digitale zusenden von Briefen. Das unkontrollierte sammeln und auswerten von Daten geht weiter.

Was kommt als nächstes? Wohin fließen all diese Daten? Wohin entwickelt sich eine Gesellschaft, die immer gläserner wird? Wer hat die Sorgfaltspflicht für Daten im Netz? Wer übernimmt die Verantwortung für die Sicherheit der Daten? Was geschieht mit unserer Gesellschaft – mit jedem einzelnen von uns?

Wir haben als Soziale Arbeit in diesem Kontext zwei Entwicklungen zu betrachten.

Einerseits zeigt sich mehr und mehr, dass Arbeit 4.0 Arbeitsplätze fordert. Andererseits wird immer deutlicher, dass Arbeit 4.0 - wenn nicht Grenzen aufgezeigt werden - den Weg zum gläsernen Menschen und zur gläsernen Gesellschaft ebnet.

Digitalisierung kann zusätzlich bedeuten, dass räumliche und zeitliche Flexibilisierung zwischen privater und dienstlicher Zeit minimiert wird. Arbeitnehmer_innen werden zunehmend vor die Situation gestellt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur noch bedingt unter einen Hut zu bringen, wenn die Flexibilisierung der Arbeit unregelmäßige Arbeitszeiten mit sich bringen.

Arbeit 4.0 kann Chancen bringen - jedoch müssen die politischen Entscheidungsträger_innen die Neuordnung des digitalen Arbeitsmarktes nachhaltig gesetzlich gestalten und im Rahmen von Beteiligungsverfahren die Sozialpartner in den Prozess mit einbinden. Dieser politische Wille für diese neue Arbeitswelt entsprechend regulierend einzugreifen, kann derzeit jedoch nicht beobachtet werden.

Wehret den Anfängen - auch im Prozess Arbeit 4.0 hat dieser Leitsatz eine wesentliche Bedeutung. Wir müssen als Profession Soziale Arbeit darauf achten, dass wir die Sicherung der Persönlichkeitsrechte achten und uns in unserer Haltung an unserer Berufsethik orientieren. Gleichsam müssen wir die Stimme erheben und auf Gefahren hinweisen, die Persönlichkeits- und Menschenrechte betreffen.

Autor: Michael Leinenbach